

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Frau Hönes, Dr. Schierholz, Schulte (Menden) und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Gerstein, Dr. Bugl, Boroffka,
Carstensen (Nordstrand), Engelsberger, Keller, Maaß, Frau Dr. Neumeister,
Schneider (Idar-Oberstein), Seesing, Dr. Warrikoff und Genossen und der Fraktion
der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Laermann, Neuhausen, Kohn,
Dr. Rumpf, Frau Seiler-Albring, Dr. Hirsch, Baum, Beckmann und der Fraktion
der FDP**

— Drucksachen 10/3704, 10/4286 —

Forschungen zu Ursachen der Waldschäden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält auch nach Vorlage des Waldschadensberichtes entgegen verharmlosenden Darstellungen der Bundesregierung den durch Luftschadstoffe bedingten Krankheitszustand unserer Wälder für alarmierend. Zwar hat sich der Schadensfortschritt des Waldes verlangsamt, jedoch sind in einigen Bereichen besorgniserregende Verschlechterungen besonderen Ausmaßes festzustellen:

- Ein unvermindert anhaltender Schadensfortschritt in den Bergwäldern unserer Alpen mit unmittelbar drohenden Gefahren für die ansässige Bevölkerung, z.B. durch Erosion und Überschwemmung;
- eine starke Beschleunigung des Krankheitsverlaufs bei den Laubbaumarten;
- eine Verschiebung des Waldsterbens von der leichten Schadstufe zu mittleren und schweren Schadstufen;
- in den Kammlagen der Mittelgebirge ein Einpendeln des Krankheitszustandes auf einer sehr hohen Schadstufe mit der zunehmend sichtbaren Folge von „Geisterwäldern“.

In den vergangenen Jahren ist eine starke Zunahme der Ozonbelastung in den Höhenlagen beobachtet worden. Diese Entwick-

lung bedroht zunehmend unsere Reinluftgebiete und dort die Qualität wertvoller Erholungsräume.

Die von der Bundesregierung bisher angekündigten und durchgeführten Maßnahmen zur Rettung des Waldes sind in fast allen Bereichen ungeeignet, dieser größten ökologischen Herausforderung unserer Zeit mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen. Sie stehen zudem größtenteils weit hinter dem Stand der Technik im internationalen Vergleich zurück.

Im internationalen Bereich hat die Bundesregierung in einigen wesentlichen Punkten versagt. Deutliche Beispiele hierfür sind

- die Weigerung der Bundesregierung, eine „declaration on air pollution by motor vehicles“ in Stockholm am 5. Juli 1985 zu unterzeichnen, in der die Anwendung bestverfügbarer Technologien zur Reduzierung von Autoabgasen gefordert wird, und die von den Vertretern Österreichs, Kanadas, Dänemarks, Finnlands, Liechtensteins, Norwegens, der Schweiz und Schwedens unterzeichnet wurde;
- die Ankündigung des Bundesinnenministers, die EG-Vorschläge zu einem europaweiten Tempolimit mit einem deutschen Veto zu unterlaufen.

Jenseits der rein technologisch orientierten und daher nur kurz- und mittelfristig wirkenden Notmaßnahmen gegen das Waldsterben fehlt der Bundesregierung ein langfristig wirksames Konzept zur Vermeidung von Luftschadstoffen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

1. eine grundsätzliche Umorientierung der Energiepolitik in Richtung auf Energieeinsparung und rationelle Energienutzung sowie auf eine schwerpunktmäßige Förderung erneuerbarer Energieträger nebst Dezentralisierung und Entmonopolisierung der Energiewirtschaft in die Wege zu leiten;
2. integrierte Verkehrskonzepte mit konsequenter Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, des Schienenverkehrs und des Fahrrades sowie einer umweltverträglichen Durchmischung der Flächennutzungen und Regionalisierungen von Wirtschaft und Versorgung anzustreben, um lange Transportwege – besonders mit Kraftfahrzeugen – zu vermindern;
3. eine vorsorgeorientierte Luftreinhaltepolitik nicht in der Schaffung immer neuer industriefreundlicher Kompromißgrenzwerte zu sehen, sondern eine Politik des konsequenten Vermeidens umwelt- und gesundheitsschädigender Emissionen an der Quelle zu betreiben, und zwar durch den Abbau umweltschädlicher und die Förderung umweltverträglicher industrieller Produktionsweisen.

Bonn, den 21. Januar 1986

Dr. Schierholz

Schulte (Menden)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion